

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unvorhergesehen eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Angabenpreis: Die Abnehmer des Tagesblattes zahlen für den Monat 1,20 Mk., für den halben Monat 0,60 Mk., für den vierteljährlichen 2,40 Mk., für den halbjährlichen 4,80 Mk., für den jährlichen 9,60 Mk. Die Abnehmer des Sonntagsblattes zahlen für den Monat 0,60 Mk., für den halben Monat 0,30 Mk., für den vierteljährlichen 1,20 Mk., für den halbjährlichen 2,40 Mk., für den jährlichen 4,80 Mk. Die Abnehmer des Anzeigers zahlen für den Monat 1,20 Mk., für den halben Monat 0,60 Mk., für den vierteljährlichen 2,40 Mk., für den halbjährlichen 4,80 Mk., für den jährlichen 9,60 Mk. Die Abnehmer des Anzeigers zahlen für den Monat 1,20 Mk., für den halben Monat 0,60 Mk., für den vierteljährlichen 2,40 Mk., für den halbjährlichen 4,80 Mk., für den jährlichen 9,60 Mk. Die Abnehmer des Anzeigers zahlen für den Monat 1,20 Mk., für den halben Monat 0,60 Mk., für den vierteljährlichen 2,40 Mk., für den halbjährlichen 4,80 Mk., für den jährlichen 9,60 Mk.

Nr. 42

Donnerstag, den 20. Februar 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit dem Staatenauschuß beschlossen, die Farben schwarz-rot-gold als Nationalfarben anzunehmen.

Die neuen Steuerborlagen, vor allem die Kriegsteuer, Besitzsteuer und Zuzugssteuergesetze werden in ungefähr vierzehn Tagen dem Staatenauschuß zur Beratung zugehen.

In Paris verläutet an unterrichteter Stelle daß der endgültige Text des Präliminarfriedens Deutschland Mitte März vom Verband mitgeteilt werden wird. Für die Beantwortung würde der deutschen Regierung eine Frist von etwa einer Woche gelassen werden.

Der Nationalversammlung wird nunmehr ein Antrag vorgelegt werden, wonach die Reichsregierung sich sofort mit der Regierung Deutsch-Oesterreichs wegen Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Auf Clemenceau wurden gestern fünf Schüsse abgegeben; er wurde an der Schulter verwundet.

Wie das Neueste berichtet, erhielt Lloyd George die dringende Aufforderung, nach Paris zu kommen. Morgen Vormittag wird er abreisen.

Ein Anschlag auf Clemenceau.

Wie aus Paris gemeldet wird, wurden gestern früh auf Clemenceau, als er in sein Auto stieg, fünf Schüsse abgegeben. Clemenceau wurde am Kopf verwundet.

Weitere Meldungen betreffen: Clemenceau wurde an der Schulter, nicht, wie früher gemeldet, am Kopf verwundet. Sein Zustand wird anscheinend nicht als gefährlich angesehen. — Ein Funkpruch des Eiselturmes teilt mit: Mittwoch früh gegen 9 Uhr wurde im dem Augenblick, als Clemenceau, der von seinem Hause kam, im Automobil die Gasse der Frankfurterstraße passierte, ein Attentat verübt. Es wurden auf den Ministerpräsidenten mehrere Revolvergeschosse abgegeben, die ihn jedoch nur leicht verletzten. Ganz ruhig kehrte er nach Hause zurück und sagte zu den ihn umgebenden: Das ist nichts. Er zeigte keinerlei Erregung. Vollkommen benachlässigt sich eines Unbekannten, der zu entkommen versuchte, aber von Vorübergehenden festgenommen wurde. Der Festgenommene erklärte: Ich will zu helfen. Clemenceau konnte zu Fuß nach Hause zurückkehren. Sein Zustand ist keineswegs besorgniserregend.

Da nähere Angaben noch nicht vorliegen, so kann man nicht sagen, auf welche Beweggründe der Anschlag zurückzuführen ist. Möglich, daß es sich nur um irgend einen privaten Machtwort handelt, möglich aber auch, daß dem Anschlag politische Ziele zugrunde liegen. Die Nachrichten, die trotz der strengen gehandhabten Zensur über die steigende feindselige Haltung der Linksozialisten gegen das diktatorische Gebaren Clemenceaus durchgedrungen sind, lassen die Vermutung zu, daß von dieser Seite der Plan gefaßt sein könnte, den Verdachten zu beseitigen, gewissermaßen als Revanche für die immer noch ungeklärte Ermordung Jaurès. Insbesondere dabei auch die sozialistische Bewegung gegen die Verhinderung des Friedensschlusses und der Demobilisation durch Clemenceau mitgespielt haben mag, muß dahingestellt bleiben. In jedem Falle ist der Vorgang eine ernste Mahnung an die französischen Machthaber, den Hagen nicht noch weiter zu überspannen. Wundern sollte es uns nicht, wenn die französische Hauptzeitung ihre Publikum glauben zu machen sucht, daß deutsche Einflüsse bei dem Anschlag mitgewirkt hätten. In dieser Hinsicht müssen wir gerade bei den Franzosen selbst auf die unflätigsten Anschuldigungen gefaßt sein.

Kriegsminister Reinhard vor der Nationalversammlung.

Montag, 19. Februar.

Eine gewisse Erschöpfung ist heute dem großen Tage von gestern gefolgt. Die Sitzung beginnt mit einem Nachspiel des gestrigen Geschehens. Herr Erzberger kommt bei Begründung des Gesetzentwurfes wegen der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebsanstaltungen noch einmal auf den gestrigen Konfliktstoff zurück, und nach ihm hält der Minister des Reichs-

arbeitsamtes Bauer einen Vortrag über die Wohnungsnot und die Bautätigkeit, für welche 300 Millionen gefordert werden. Dann erscheint der preussische Kriegsminister Oberst von Reinhardt, nach Herrn Noske wohl der bestgehaltene Mann in Deutschland, auf der Rednertribüne, um sich gewissermaßen dem Hause vorzustellen. Er gibt der Stimmung der der Regierung treugebliebenen Truppen Ausdruck und bespricht den neuen Krieg im Lande gegen Sparta usw., häufig unterbrochen von der Opposition auf der Linken. In der Lösung der

Franz Luxemburg und Diebstahl

nimmt er unter großer Unruhe der Unabhängigen kurz Stellung, um auszuführen: Von Rußland her hat die bolschewistische Bewegung auch bei uns Eingang gefunden. Unsere Truppen müßten hiergegen von neuem den Kampf aufnehmen. Daß hierbei Franz Luxemburg und Diebstahl ums Leben kamen, kann ich als Soldat nur aus tiefster Bedauern. Ich kann versichern, daß die Gardebataillon-Schützen-Division das Nötige zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen veranlassen wird. Ich werde den Tag segnen, wo die Verwendung der Truppen als Polizeitruppen aufhören kann. In diesem Sinne kann ich noch mitteilen, daß die Regierung schon den Plan gefaßt hat, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor die bürgerlichen Gerichte kommen sollen. Das Zukunftsheer wird sehr beschleunigt sein. Die Soldatenräte oder Vertrauensleute werden bei der Verwendung der Truppe in ihrem ganzen inneren Leben ebenso eifrig mitwirken können, wie sie die Führung und Verwendung des Kommandos übernehmen müssen. Die fest auf die Republik zu verpflichten sind.

Als der Kriegsminister die Frage der Soldatenräte streifte, kam es zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Präsident mußte eingreifen und bat unter allgemeiner Heiterkeit, die freundschafliche Aussprache, welche über die Hände hinweg eingesetzt hat, einzuschränken. Einen besonderen Meis der heutigen Sitzung bildete das

Erscheinen der ersten Frau auf der Rednertribüne

In der Nationalversammlung: der Sozialdemokratin Marie Juchacz. Die Frauen, deren Zahl ja nur gering ist unter den Abgeordneten, haben sich bisher wenig bemerkbar gemacht. Das Unerwartete der Erscheinung wird durch die Gewohnheit wohl bald beseitigt werden. Frau Juchacz gewinnt schon mit dem ersten Worte das Interesse des Saales mit der ungewöhnlichen Anrede: Meine Herren und Damen, welche eine Verbeugung des neu einziehenden Geschlechts vor den bis herigen alleinigen Inhabern der Abgeordnetenliste darstellt. Was sie sagt, steht an Bedeutung sichtlich hinter der Tatsache zurück, daß sie überhaupt redet. Sie bringt der Revolution, die das weibliche Geschlecht von der Unmündigkeit befreit habe, den Dank der Frauen, aber was sie an Forderungen gewissermaßen als Arbeitsprogramm in der Nationalversammlung bezeichnet, darf allseitig auf Zustimmung rechnen. Sie stellt die Richtlinien auf für die Mitarbeit der Frauen beim Aufbau des Wirtschaftslebens und in der Verwaltung. Ueber die wirtschaftlichen Aufgaben der Zeit verbreitet sich nach ihr ausführlich der Zentrumabgeordnete Meisz. Insbesondere widmet er der Industrieindustrie eine eingehende Darstellung und stellt die Forderung auf, daß die Kriegsgesellschaften noch nicht aufgelöst werden dürfen.

Ein Vertreter des besetzten Gebietes

nimmt dann der Demokrat Justizrat Falk aus Aßlar das Wort zu einer langen Rede über die Gelden, die das von ihm vertretene Land in diesen Tagen ertragen muß. Er zählt einzelne Fälle auf, in denen die Entente in ungerechter Weise vorgegangen ist, fordert aber auch von der Reichsregierung, daß sie die Opfer der Bevölkerung nicht durch ungewisse Maßnahmen vermehre. Die Rede ist für die Stimmung in den Grenzgebieten sehr kennzeichnend. Sie zeigt, daß das Nationalgefühl in diesen Teilen des Reiches, die der feindlichen Gewalt herrschaft unmittelbar ausgesetzt sind, wesentlich stärker erhalten ist, als in den unbedingten Gebieten. Erzberger antwortet auf die von Falk gestellten Fragen und Wünsche und schließt mit einem vom ganzen Hause stürmisch begrüßten

Appell an das rote Kreuz in Genf

zugunsten unserer Kriegsgefangenen.

Erzberger sagte: Die Ueberzeugung der Bestimmungen des Waffenstillstandes namentlich durch die Franzosen geht über alles erdachtliche Maß hinaus. Der Eisenbahndirektionspräsident in Saarbrücken ist zu acht Ta-

gen Stubenarrest verurteilt worden, weil er nach Meinung der Franzosen nicht entschlossen genug auf die Eisenbahnarbeiter dahin eingewirkt haben soll, an Stelle des Achthunderttages den Jesstundentag einzuführen. Die französischen Anzeigenabsichten auf das Saargebiet wollen wir etappenartig zurück. Die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen ist eine Barbarei. Ich richte an dieser Stelle einen offenen Appell an das rote Kreuz in Genf. Möge es jetzt seine hohe sittliche Mission dahin auflassen, daß wir unsere Gefangenen zurückerkennen. — Unter dem Eindruck dieser Kundgebung, die leider durch einen äußerst verfehlten Botenruf des unermüdeten Herrn Daase getrübt wurde, beschloß das Haus die Beratung auf den heutigen Donnerstag nachmittags 2 Uhr.

Verstärkte Waffenstillstandsbedingungen?

Wie aus Paris gemeldet wird, solle die endgültige Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen durch den Obersten Kriegsrat der Alliierten am Donnerstag erfolgen. Es werden tatsächlich die von den englischen und französischen Vertretern stärkeren Bestimmungen enthalten, aber als Kompensation die hinwiederum Verpflichtung der Alliierten in sich schließen, Deutschland mit Rüstungsmitteln zu versorgen.

Weiters Sonderberichterstatter meldet aus Paris vom 18. d. Mts.: Der Hauptvorschlag, der den in hohem Maßstabureau tagenden Waffenstillstandskommissionen vorgelegt wurde, habe die Herabsetzung der militärischen Stärke Deutschlands auf den Friedensstand, der ihm beizulegen werde, zum Ziele. Man versuche, für die militärische Stärke ganz Europas eine dauernde Norm festzusetzen, auf welche die alliierten Mächte nach Unterzeichnung des Friedens ihre militärische Stärke allmählich herabsetzen würden. Augenblicklich aber müsse man die Zahl der Truppen festsetzen, die Deutschland behalten dürfe und auf die es seinen Bestand sofort herabsetzen müsse. Ingleich mit der Herabsetzung von Mannschaftsbestand und Kriegsmaterial müsse auch eine entsprechende Verminderung der Leistungsfähigkeit Deutschlands stattfinden, Geschosse und Munition zu erzeugen. Dies müsse die Herstellung oder die Umwandlung eines gewissen Teiles seiner Rüstungswerke zur Folge haben. Die Alliierten hätten außerdem die Absicht, auf der Entmilitarisierung gewisser deutscher Provinzen zu bestehen. Dies bedeute, daß Deutschland verboten werde, in diesen Gebieten Truppen zu haben. Auf diese Weise könne den französischen Forderungen bezüglich des linken Rheinufers und der Sicherheit der Ostgrenze Frankreichs entsprochen werden. Es ist in der Nacht zum Mittwoch in Paris eingetroffen. Es wird erwartet, daß die Vorschläge der Mitarbeiter der Waffenstillstandskommission zu Beginn der nächsten Woche für die Ueberreichung an die Deutschen bereit sein werden.

Die Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln.

Ueber die letzten Verhandlungen in Spa und Trier über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln teilt das Notwendige der deutschen Kommission für Lebensmittelbeschaffung und für Finanzierung, Unterstaatssekretär v. Braun, folgendes mit: Die Frage, wie die amerikanischen Lebensmittel beschafft werden sollen, ist noch nicht geregelt, und daher ist eine

Wischer noch nicht zu erwarten, auch die Einfuhr von 80 000 Tonnen Fett und 250 000 Tisten Milch, deren Lieferung schon vereinbart war. Die Vertreter Amerikas und der Entente haben nämlich mitgeteilt, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei. Deutschland könne zahlen. Herr v. Braun habe darauf ausführlich erwidert. Kommt die Lebensmittelbeschaffung wegen Kreditverweigerung nicht zu stande, so müssen uns die Schiffe bleiben, damit wir uns bei anderen Ländern versorgen können. Die Ausführungen v. Brauns machten auf die Mitglieder der Entente-Kommission großen Eindruck. Sie erbat den schriftlichen Uebermittlung der Darlegung; doch war die Kommission nicht berechtigt, die Kreditfrage nochmals aufzurollen. Es wurden jedoch neue Verhandlungen über weitere Lebensmittelbeschaffungen von 250 000 Tonnen zum Preise von ungefähr 11/2 Millionen Pfund Ster-

ung.
gerabfuhr.
Grubenvä.
des Krieges
sind un
ieder gewö
der Gruben
nen Grlechte.
lagenden We
e bis zu 60
er Stabi.
ellung. —
EIN.
ge, Pelschafte,
ederhalter,
Arm-
Wettinwv.17
Fernspr. 161
n schnellsten
teilung
heko
de Erinnerung
Waffeninstrum
neu aufpolier
— Beschäftig
die dieselben
n anderer Paas
nach auswärts
Fred Mal
ge
fen empfiehlt
idau
/33.
E.
erhalte Berord
freie Zulass
entwurf des W
wur bereitwill
s. Um genau
wird gebete
Kimbach
Pianos, Klänge
te. Instrumente
abt. — Recl
ngen aus Piana
gewesen.
red Malz
7. Fernruf 17
ie
chubzung
t zu machen.
Sie nur
etwachsleberpu
rin
a und Wachst
as Leder wasser
uerhalt erhält
die die verfest
offer Bitterung
auch bei Regen
halten.
o beliebten Par
sches Robert
Schöppingen.
Transport
ertel
g 8 Uhr.
Kirchen L. Wul
inde
antum
erwerfe.

King, nach heutigem Kurse fast 400 Millionen Mark, getroffen. Die Finanzierung dieses Kaufes beschäftigt zurzeit Reichsfinanzamt, Reichsbank und die beteiligten Kreise. Nach den Mitteilungen von Braun können wir die Zahlungsmittel nur durch Rußbarmachung der noch im Inlande befindlichen ausländischen Werte und durch eine möglichst gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren selbst beschaffen. Gewisse Mengen von ausfuhrfähigen Waren, so insbesondere Kall, Holz, Maschinen usw. sind vorhanden und darüber laufen die Verhandlungen weiter. Wie die B. Z. hierzu erfährt, plant die Regierung aus den vorstehend namhaft gemachten Gründen eine Erfassung der ihr geeignet erscheinenden Wertpapiere aus Privatbesitz. Wie verlautet, stehen die Beratungen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Durch Verordnung soll der Regierung das Recht verliehen werden ausländische Wertpapiere, die sich in deutschem Besitz befinden, zu beschlagnahmen.

Natüremäßig dürften nicht alle ausländischen Wertpapiere in Frage kommen. Beispielsweise wird man wohl russische Werte von der Beschlagnahme ausnehmen. In welchem Umfange die Besizer von ausländischen Wertpapieren bei der Beschlagnahme entschädigt werden, ist im Augenblick noch Gegenstand der Beratungen. In maßgebenden Bankkreisen ist man durch die Ankündigung der Beschlagnahme nicht überrascht. Man glaubt allgemein, daß die Enteignung nur auf Grund der heutigen Abrenturfolge erfolgen kann und darf.

Das Schicksal der Kriegsgefangenen.

Betrückerliche Informationen aus Paris besagen, daß zwischen dem französischen Oberkommando und der Regierung Beratungen über die etwaige Freilassung des größten Teils der deutschen Kriegsgefangenen gepflogen werden. Welche in Betracht kommende Stellen halten zwar an der Überzeugung fest, daß zum Wiederaufbau Frankreichs in erster Linie die deutschen Kriegsgefangenen herangezogen werden müssen, begreifen aber gleichzeitig einzusehen, daß die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen zur Bekämpfung einer in jeder Hinsicht ungerechtfertigten Härte bedeutet. Gegenwärtig wird erwogen, den größten Teil der Kriegsgefangenen unter gewissen Voraussetzungen und auf Grund besonderer Vereinbarungen mit der Reichsregierung heimzusenden, dafür aber wenigstens zweihunderttausend Mann auf längere Zeit zurückzubehalten. Die Regelung der Frage ist, falls sie überhaupt durch Verhandlungen gelöst werden kann, folgendermaßen gedacht:

Jeder Zwang soll nach Möglichkeit vermieden werden, indem man versucht, die erforderlichen Arbeitskräfte durch freiwillige Werbung unter den Kriegsgefangenen auszubringen. Diese werden in besondere freiwillige Arbeitsbataillone eingeteilt und erhalten während der ganzen Zeit, für die sie sich verpflichten müssen, eine Entlohnung, die den in Frankreich üblichen Durchschnittslöhnen entspricht, und die Deutschland in Rechnung gestellt werden. Diese freiwilligen Bataillone werden gut und ausreichend bedingt und gehalten, allerdings unter Aufsicht, eine erhebliche größere Bewegungsfreiheit als bisher. Die Heimsendung aller übrigen Kriegsgefangenen wird davon abhängig gemacht, daß durch freiwillige Meldungen genügend Arbeitskräfte zusammenkommen.

Kleine politische Meldungen.

Der Entwurf der provisorischen Verfassung für Preußen angenommen. Das preussische Kabinett schloß am Dienstag seine Beratungen fort. Der Entwurf einer preussischen provisorischen Verfassung, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wurde angenommen. Es darf als feststehend angenommen werden, daß auch in Preußen ein Kabinett aus den Reichsparteien, Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, gebildet wird.

Hindenburg und Scheidemann. Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Scheidemann wegen der bekannten Neuherung des letzteren über Ludendorff, den er als Kaiserdeputierten bezeichnet hatte, wird jetzt veröffentlicht. Scheidemann bedauert in seiner Antwort, daß sich Hindenburg durch diese Neuherung verleitet fühlte. In der Sache selbst könne er aber nicht davon abgehen. Er verleihe unter Kaiserdeputierten einen, der alles auf eine Karte setze, und Ludendorff habe selbst erklärt, er komme sich vor wie ein Kaiserdeputierter.

Umbildung der Braunschweiger Regierung. Die mehrtägigen Verhandlungen der beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen haben dazu geführt, daß eine rein sozialdemokratische Regierung gebildet wird. Sämtliche Volkstammisare und Präsidenten Morges legten ihre Ämter nieder. Ferner werden vom 1. April ab die A. und S. Räte aufgehoben. Nur die Arbeiterräte sollen durch Neuwahlen auf breiter Grundlage weiter bestehen bleiben.

Propaganda in Weimar. In Weimar ist der Sparsakbündler Lindemann, ein 21jähriger Bursche, der vom A. und S. Rat dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses Dr. Helmreich als Kontrolleur beigegeben worden war, aus einer Sitzung des Bezirksausschusses heraus verhaftet worden. Lindemann hat Flugblätter kommunistischen Inhalts vertrieben, die gegen die Nationalversammlung wendeten und zu einem Aufstand aufforderten.

Die Lage im Ruhrrevier. Die gestern eingetroffenen Berichte aus dem Ruhrrevier lauten wieder minder günstig. Offen scheint das Hauptzentrum der sozialistischen Operationen zu sein. Ob der Generalkrieg durchgeföhrt wird, ist noch ungewiß. Jedenfalls dürfte von sozialistischer Seite die Meinung, daß die dortigen Wehrbataillone mit hinterhältigen, nur zu Propagandazwecken vertrieben werden. Die Regierungstruppen sind noch im Kaufmarck begriffen. Zwischen Oberfeld und Spa ist der Anschluß unterbrochen.

Generalkrieg in Gotha. Wegen der Befehung der Stadt durch Regierungstruppen ist gestern mittag 12 Uhr in Gotha der Generalkrieg ausgedroht. Alle Betriebe haben still. Die Zeitungen sind schon vorgelesen nicht erschienen.

Neue Streiks in Ober-Sachsen. Die ober-sächsischen Kohlenreviere in Ferembä und Saritz sowie auf dem Gottschalksberg sind in den Streik getreten und haben neue Lohnforderungen eingereicht. Es ist zu erwarten, daß heute auch noch die anderen Kohlenreviere des Hindenburg Reviers in den Zustand treten. Wie der Telegraphen-Union aus Arbeitgebertreuen mitgeteilt wird, sind die Lohnforderungen der Arbeiter so hoch, daß mit einer Einigung kaum zu rechnen ist.

Große Arbeitslosen-Ausfahrungen. Während der gestrigen Beratung der Landesversammlung in Braunschweig über die Arbeitslosenfrage verfasste sich vor dem Landtagsgebäude eine nach Tausenden zählende Menge von arbeitslosen Männern und Frauen. Ein Teil von ihnen kletterte in das Haus die Treppe hinauf und erdrückte die Türen zum Sitzungssaal. Die Eindringlinge bemächtigten sich des Abgeordneten Müller v. Schöll und schlugen auf ihn ein. Schließlich wurden Tische und Stühle im Saal zusammengeworfen und die Türöffnungen eingetohlen. Volkswache und Matrosenwagen wurden aufgeboden, um das Gebäude wieder zu säubern.

Das Schicksal der A. und S. Räte. Wie die Tägliche Rundschau erfährt, soll ein allmählicher Abbau der A. und S. Räte im Deutschen Reich und deren Eingehen zum 1. April zu erwarten sein.

Bzüglich der Stellung des Kapitäns Bauslow bestehen falsche Auffassungen, aus denen sich auch die Gerüchte über seinen Rücktritt erklären. Herr von Bauslow war in der Wehrdienstkommission einmal stellvertretender Vorsitzender und dann Sachverständiger in Marinefragen. Als Sachverständiger in Marinefragen hat er sein Amt niedergelegt und wird durch den Korvettenkapitän Hinemann ersetzt. Als stellvertretender Vorsitzender gehört Bauslow nach wie vor der Wehrdienstkommission an.

Die Arbeiten des Reichsarbeitsamtes. Das Reichsarbeitsamt ist jetzt vornehmlich mit zwei Fragen beschäftigt: mit dem Siedlungswesen und der Internationalisierung unserer sozialen Einrichtungen. Die Siedlungsstelle solle aber nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Jetzt handele es sich darum, dem platten Lande die nötigen Arbeitskräfte zuzuföhren, wo sie jetzt gute Arbeitsbedingungen und für später die Aussicht für Selbständigmachung finden.

Dr. Bauer kommt nach Berlin. Laut Wiener Fremdenblatt begibt sich Staatssekretär Bauer demnächst nach Berlin, um über die durch den Anschluß in Deutschland an Österreich land aufgeworfenen staatsrechtlichen und politischen Fragen zu verhandeln. Wirtschaftliche Angelegenheiten würden jedoch nicht berührt, sondern von zwei Sachverständigen auf Grund der vom Juni bis September 1918 in Salzburg erzielten vorläufigen Ergebnisse erörtert werden.

Die Belgier besetzen Wesel. Infolge der unklarenen Zustände hat das belgische Oberkommando im Westfälischen Wesel die neutralen Zone mitgeteilt, daß zum Schutz des Hafens und der öffentlichen Anlagen die Besetzung von Wesel erfolgen werde. Ein Zug belgisches Infanterie in Stärke von 40 Mann ist bereits eingetroffen.

Die Demarkationslinie als Grenze Polens. Daily Express meldet, daß im alliierten Relegat in Paris vor der Abreise Wilsons die polnische Grenze in dem Sinne der Demarkationslinie, wie sie der Waffenstillstandsvertrag vorschreibt, festgelegt wurde. Ost- und Westpreußen einschließlich Danzigs sei Deutschland zuerkannt worden. Auch die Times schreiben, daß die Zugehörigkeit deutscher Gebiete im Osten zu Deutschland nicht ernstlich bestritten werden könne.

Der Verband und die Polenfrage. Die Times melden, daß die Zugehörigkeit der deutschen Sprachgebiete Ost- und Westpreußens zum deutschen Staatsgebiete auf der Pariser Konferenz nicht bestritten werde.

Der Beginn der englischen Gesamtmobilisierung. Laut dem Courant teilte Lloyd George im Unterhaus am Montag mit, daß die englische Gesamtmobilisierung mit dem endgültigen Friedensschlusse am 1. Juli beizuliegen.

Englands Krieg gegen deutsche Frauen. Der englische Minister des Innern, Shortt, erklärte, daß die deutschen geborenen Frauen und Kinder in England deportiert würden. Die englisch geborenen Frauen von Deutschen werden jedoch nicht gegen ihren Willen aus dem Lande gewiesen werden. Ausgenommen von der Deportation sind deutschgeborene, weibliche Personlichkeiten über 70 Jahre und sehr kleine Kinder.

Anerkennung der englischen Arbeiterräte durch die Regierung. Aus London wird gemeldet: Daily Telegraph teilt mit, daß die englische Regierung dem Arbeiterrat in Birmingham Kenntnis gab, daß sie die Arbeiterräte als wirtschaftliche Organisation anerkennet und mit ihnen verhandeln wolle.

Wiederaufnahme des englischen Handels mit dem Orient. Das englische Handelsamt genehmigte die Wiederaufnahme des Handels unter Abzug mit der Türkei, Bulgarien, den russischen Schwarz-Weer-Häfen und Sibirien. Sieben Schiffahrtsgesellschaften richten einen sofortigen Dienst mit dem Schwarzen Meere ein.

Von Stadt und Land.

Mus. 20. Februar.

Keine Sondersozialisierung in Sachsen.

A.W.M. In letzter Zeit sind in der sächsischen Presse Auffätze erschienen, die einer allgemeinen Sozialisierung des gesamten sächsischen Wirtschaftslebens das Wort reden, unabhängig von den Sozialisierungen im Reich. Die sächsische Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß sie diesen Vorschlägen fernsteht. Sie lehnt es insbesondere ab, daß von den Herren Dr. Neunath, Kramold und Schumann empfohlene Program in der vorgeschlagenen Form zu dem übrigen zu machen. Das Programm, das die Regierung der Reichstammer Sachsen vorzulegen gedenkt, ist wesentlich anders als die vorerwähnten Vorschläge. Soweit sächsische Unternehmen zur Sozialisierung reif sind, wird und kann die sächsische Regierung nur im Einvernehmen und in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung handeln.

Die Verleihung der Sicherheitsgruppen hat gestern nachmittag im Schloßhofe in Dresden begonnen. Volkobeauftragter Keating, als Minister für Militärwesen, verpflichtete die Truppen auf die neue Eidformel, die folgenden Wortlaut hat:

Ich schwöre nach vollkommener Ueberlegung, daß ich während meiner Zugehörigkeit zur Sicherheitsgruppe der gegenwärtigen und jeder durch die Volkstammer des Freistaates Sachsen beauftragten Regierung unbedingten Gehorsam leisten, Ruhe und Ordnung in ihrem Dienste aufrechtzuerhalten, Leutene und Nach-

teil von ihr abzugeben sowie alle im Dienstvertrage eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen will.

Neue direkte Steuern in Höhe von 100 Millionen Mark? Wie wir hören, wird die sächsische Regierung in dem der Reichstammer zugehenden K a s t r a g s a t neue direkte Steuern einnehmen in Höhe von rund 100 Millionen Mark fordern.

Der Mangel an Rohstoffen und die Kostentypheit hat weitere Arbeiterentlassungen zur Folge gehabt. Trotzdem ist in den größeren Städten durch Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zum Teil sogar eine Abnahme der die Unterföhung beziehenden Arbeitslosen zu verzeichnen. Mit Eintritt des Frühlings kann gehofft werden, daß eine noch größere Zahl von Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten beschäftigt wird. In der Landwirtschaft ist die Nachfrage nach Arbeitern nach wie vor groß. Trotzdem ist die Arbeitsvermittlung nach dem Lande gebessert hat, kann immer noch nicht ein größerer Zugang dorthin stattfinden, weil viele Landwirte nur gelehrte Arbeiter annehmen wollen und die großstädtischen Arbeiter als politisch unruhige Elemente zurückweisen. Leider steht der Landwirt den Arbeitern gegenüber immer noch fremd und voreingenommen gegenüber und deshalb kommt eine große Anzahl offener Stellen überhaupt nicht zur Anmeldung. Im Januar ist es daher nur möglich gewesen, 1500 Großstädter Arbeiter in die Landwirtschaft überzuführen. In der Forstwirtschaft schreitet die Unterbringung von Arbeitslosen wie bisher an der Unterföhung und der Verpflegung. Es ist jedoch zu hoffen, daß diese Mängel bald beseitigt werden und daß dann eine größere Anzahl städtischer Arbeiter untergebracht werden kann, trotzdem vielfach die Lohnsätze zu gering sind. Im Steinkohlenbergbau besteht immer noch ein unbefriedigter Nachfrage nach Arbeitskräften. In Westfalen ist die Zahl der offenen Stellen in der letzten Woche sogar von 1200 auf 23000 gestiegen. Dagegen konnte im mittel-deutschen Braunkohlensbergbau die Arbeitsnachfrage zu einem großen Teile befriedigt werden. Die Beschlagnahmen sind jetzt auf den Stand vom Oktober 1918 zurückgeführt. Trotzdem ist der Arbeiterbedarf noch immer nicht ganz gedeckt. In der Industrie ist das Bild des Arbeitsmarktes wenig verändert. Noch immer fehlt im Metall-, Bau-, Nahrungsmittel- und ganz besonders im Handelsgewerbe das Angebot von offenen Stellen hinter der Nachfrage zurück. Die größte Nachfrage besteht nach Schuhmachern, nächstem nach Schneidern, Tischlern und Stellmachern. Der kaufmännische Arbeitsmarkt ist nach wie vor ungünstig; ein zinsloses Angebot steht einer kleinen Nachfrage gegenüber. Trotzdem auf dem weltlichen Arbeitsmarkt auch weiterhin größere Entlassungen von Arbeiterinnen und Arbeiterinnen stattfinden, war es immer noch nicht möglich, die für Landwirtschaft und Hausarbeit verlangten zahlreichen Arbeitskräfte zu beschaffen.

Waffenablieferung. Das Ministerium des Innern, das Justizministerium und das Kriegsministerium zu Dresden erlassen eine längere Verordnung, wonach alle Schusswaffen (Gewehre, Karabiner, Flammenwerfer) sowie Munition aller Art zu Schusswaffen innerhalb 14 Tagen nach Erlass dieser Bestimmung abzuliefern sind. Die Ablieferung hat in den Städten mit zentraler Stadtverwaltung an die Stadträte, Polizeikommissare und deren Polizeiwachen, sonst an die Gemeindeführer zu erfolgen. Von der Ablieferung sind befreit hinsichtlich der Dienstwaffen oder Handgewehre nebst der dazugehörigen Munition die Personen, die zur Föhierung von Waffen kraft ihres Amtes oder Dienstes beauftragt sind (Polizei-, Forst- und Militärpersonen) sowie Inhaber von noch nicht abgelassenen deutschen Jagdscheinen und die sonstigen zur selbständigen Ausübung der Jagd berechtigten Personen, bis auf weiteres als Schützengesellschaften und Wildschützenvereine, die die Genehmigung zum Besitz von Waffen haben.

Ein Lichtbildvortragabend des Erzgebirgischen Arbeitervereins aus, der gestern abend im Volkshaus Stadtpark stattfand, war sehr gut besucht. In einem einleitenden Begrüßungsworte wies der Vorsitzende, Herr Fiedler, auf den Zweck und die Bestrebungen des Vereins hin. Dieser ist eine Vereinigung christlich und sozial gesinnter Männer, die für die Erhaltung christlicher Volkshausung eintritt. Sein Wahlspruch ist: Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Nächstenliebe. In diesem Geiste bemerkt sich denn auch der durch Lichtbilder ergänzte Vortrag des Herrn Arbeiterrates Fiedler aus Annaberg: Deutsche Art — evangelische Kraft, der in die Sturmzeit der Reformation führte und Streiklichter aus der Geschichte der evangelischen Kirche bot. Die weiterhin gezeigten reizvollen Landschafts- und Städtebilder aus Rumänien, Industrieanlagen usw., ebenfalls durch Worte erläutert legten teilweise Zeugnis ab von den Leistungen deutscher Arbeit im Auslande vor dem Krieg. Im Hinblick auf die jetzige Lage Deutschlands waren diese Bilder geeignet, in manchem Beschaue eine gewisse Wehmüt zu erzeugen. In der Folge wies der Redner über solche Unterhaltungsabende bieten.

Wendemitte für Freitag, den 21. März: Haeffelsden und Wieders.

Dem Erzgebirgsetzungen. Auf die nächsten Sonntag, den 28. Februar, mittags 12 Uhr in Aue, Hotel Erzgebirgischer Hof, stattfindende Versammlung der Vereinsvorsitzenden des Gaues machen wir alle beteiligten Turner aufmerksam mit dem Hinzufügen, daß jeder Gauverein durch seinen Vertreter oder dessen Stellvertreter vertreten sein soll, aber auch Gäste, wie Turnwart und Vorturner, willkommen sind. — Die erste diesjährige Gauversammlung des Erzgebirges soll Sonntag, den 8. März, ebenfalls in Aue abgehalten werden. Auch zu ihr ist rege Beteiligung gewünscht, gilt es doch, die Wiederbelebung des Turnbetriebes in den Vereinen zu fördern und wichtige Beratungen zu erledigen.

Reiseverein aus im Verbande Deutscher Handlungsgesellschaften. Gestern abend fand im Volkshaus Aue-Mus die erste Hauptversammlung des Reisevereins im Verbande Deutscher Handlungsgesellschaften zu Leipzig nach Kriegeseinstellung statt. Herr Volpert Fiedler eröffnete sie mit begrüßenden Worten an die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder. Weiterhin führte er aus, daß während des Krieges infolge der Abwesenheit der größten Anzahl der Mitglieder das Leben im Reiseverein weniger rege gewesen sei. Nachdem aber inzwischen die Mehrzahl der Kollegen ihre berufliche Tätigkeit wieder aufgenommen haben, sei es allgemein als ein dringendes Bedürfnis empfunden worden, wieder einen innigen Zusammenhalt in einem fest begründeten Reiseverein zu schaffen. Der Redner gab dann dem von Arbeitsausföhung gestifteten Reichsreiseverein neu zu begründen und zu festigen, bekannt, was von allen Anwesenden mit großer Freude begrüßt und sofort in Angriff genommen wurde. Als erste Tätigkeitsstelle war die Wahl des Vorstandes zu erledigen. Es wurden einstimmig gewählt: Als erster Vertrauensmann Herr Fiedler, als Kassierer Herr Otto Lorenz, als Schriftführer Herr Oehm

